

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 33/38
Telefax: 686 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Gert Weisskirchen MdB
Zur Entwicklung in der
Sowjetunion: Die Macht
der Gewaltlosen.

Seite 1

Dr. Konstanze Wegner
MdB zur Gründung ei-
ner Arbeitsgemein-
schaft sozialdemokrati-
scher Seniorinnen und
Senioren in Baden-
Württemberg: Solidari-
tät der Generationen.

Seite 2

46. Jahrgang / 162

26. August 1991

Die Macht der Gewaltlosen Zur Entwicklung in der Sowjetunion

Von Gert Weisskirchen MdB

Die leninsche Partei des "neuen Typus" stirbt. Die KPdSU als Partei der staatlich verordneten Diktatur, eine der letzten Bastionen, deren Führungselite sich gegen den unbändigen Willen zur Demokratie behaupten wollte, verendet schmachvoll. An die Macht gekommen durch einen Putsch gegen die gewählten Volksvertreter vor über siebenzig Jahren, zerbrach sie an ihrem letzten Putschversuch.

Die inneren Widersprüche der Putschisten hatten sie gelähmt. Und die Menschen vor dem Parlament Rußlands, ihrer Kraft bewußt geworden durch die Ära von Perestrojka und Glasnost, wollten sich ihre Zukunft nicht wieder nehmen lassen. Ihr Bewußtsein war stärker als Angst und Apathie, auf die das selbsternannte "Staatskomitee" gesetzt hatte. Die Macht der Ohnmächtigen hat gesiegt. Keine Gewalt der Panzer hätte sie mehr brechen können.

Die aktiv von unten Handelnden in Rußland haben gelernt. Die sanften Revolutionen der Gesellschaften der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes und die Ereignisse im Baltikum haben ihnen gezeigt, daß persönlicher Mut und die Gewalt der Gewaltlosen jedes militärische Instrument überwinden kann.

Fast alle Regierenden im Westen und ihre politische Klasse haben die Reife der Bewegungen falsch eingeschätzt, die in allen Regionen der Sowjetunion sich von unten seit Jahren auf den Weg zu Freiheit und Demokratie gemacht haben. Zum Glück haben die Menschen im Osten darauf keine Rücksicht genommen. Auch die Sozialdemokratie war nicht frei von selbstbefangener Irritation. Sie hätte die Zeichen der Änderung in ihrer Mehrheit deutlicher erkennen können. Sie waren seit langem unübersehbar.

Spätestens jetzt aber ist es an der Zeit, ohne Vorbehalt die wachsenden neuen sozialen Bewegungen in den Regionen der Sowjetunion zu begleiten auf ihrem Weg zu Freiheit und Demokratie. Es wird nur ein gemeinsamer Weg sein, der uns zur Vereinigung Europa führt.

(-/26. August 1991/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verändelter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Solidarität der Generationen

**Zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren
in Baden-Württemberg**

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

Derzeit ist bereits fast ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahre alt, im Verlauf der nächsten Generation wird sich die Zahl der über 60jährigen verdoppeln, die der unter 20jährigen sich halbieren und die Zahl der zwischen 20- und 60jährigen sich um ein Drittel vermindern. Hinter diesen sparsamen Zahlen verbergen sich dramatische demographische Entwicklungen, aber die Politik hat daraus noch nicht einmal ansatzweise die notwendigen Konsequenzen gezogen. Die SPD will dies jetzt tun; auf der Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen SPD in Karlsruhe mit dem Titel "Solidarität der Generationen" im November 1990 und auf dem Bremer Bundesparteitag im Mai 1991 wurden dazu erste Zeichen gesetzt.

Die Partei muß handeln: Einmal aus gesellschaftspolitischen Gründen, das heißt, im Interesse einer humanen und sinnvollen Lebensgestaltung für uns alle und um mögliche Konflikte der Generationen zu entschärfen. Zum andern aus wohlverstandener partei-politischer Eigeninteresse. Die 60- bis 70jährigen sind die fleißigsten Wähler, aber bei der letzten Bundestagswahl lag die SPD in dieser Gruppe im Ergebnis um 20 Prozent hinter der CDU. Das heißt im Klartext, die SPD wird nie mehr an die Regierung kommen, wenn sie ihre Wahlergebnisse bei der älteren Bevölkerung nicht drastisch verbessert.

Wie soll eine neue Altenpolitik nun inhaltlich aussehen, was bedeutet sie in organisatorischer Hinsicht für die Partei?

Zunächst zu den inhaltlichen Schwerpunkten. Alter kann heute eine Zeitspanne von vier Jahrzehnten umfassen, also länger dauern als die Zeit der Ausbildung und des Arbeitslebens zusammen genommen. Wir sprechen etwas vereinfacht von den "Jungen Alten", das heißt, Menschen zwischen etwa 55 und 65 Jahren, die am Ende ihres Berufslebens stehen oder daraus ausscheiden mußten, die aber noch gar nicht "alt" sind; ferner von den "Mittleren Alten" von etwa 65 bis 75 Jahren, die vielfach noch unternehmungslustig und beweglich sind und sich keineswegs alt fühlen, und schließlich von den "Alten Alten" im 9. und 10. Lebensjahrzehnt, deren Zahl ständig steigt. Es liegt auf der Hand, daß diese unterschiedlichen Gruppen völlig unterschiedliche Bedürfnisse und unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Altenpolitik war nie nur Sozialpolitik und ist dies heute weniger denn je, das belegen auch die jüngsten Umfragen, wonach neben den Grundbedürfnissen Sicherheit und Geborgenheit gleichrangig der Wunsch nach Selbständigkeit, Lebensgenuß und Selbstverwirklichung steht.

Dennoch bleibt eine vorausschauende Sozialpolitik unverzichtbarer Bestandteil einer Altenpolitik, die diesen Namen verdient. Wir brauchen altengerechte Wohnungen, die es den Menschen ermöglichen, so lang wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Wir brauchen die gesetzliche Pflegeversicherung für alle und vor ihrem Hintergrund den Ausbau differenzierter ambulanter, teilstationärer und stationärer Dienste, die ein menschenwürdiges Altern und Sterben ermöglichen. Davon sind wir in unserer reichen Gesellschaft aber noch weit entfernt. Straßenbau, sinnlose Subventionen und teure Rüstungsprojekte sind uns bislang wichtiger gewesen als die angemessene Ausbildung und Bezahlung von Pflegekräften, und hinter dem oft gehörten Ruf nach mehr Ehrenamtlichkeit und nach dem sozialen Pflichtjahr für Frauen verbirgt sich nur das Ziel weiterer Einsparungen. Die vom Finanzminister für 1993 geplante völlige Abschaffung der Aufwandszuschüsse für

Zivildienstleistende in den Bereichen Mobile Soziale Hilfsdienste und Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung ist vor diesem Hintergrund ein Skandal: damit werden die Schwächsten in unserer Gesellschaft getroffen, die ohnehin keine Lobby haben, nämlich alte und behinderte Menschen, zudem wird dabei nicht wirklich eingespart, sondern der Bund entlastet sich auf Kosten der Gemeinden.

Altersarmut ist weiblich

Im 4. Familienbericht der Bundesregierung, der noch die Handschrift von Frau Lehr trägt, wird ein idealistisches Familienbild entworfen. Da ist viel die Rede von Kompetenz und Teilhabe der Alten am gesellschaftlichen Leben - die gibt es auch, aber es gibt eben auch Pflegenotstand, Einsamkeit und Altersarmut. Armut in Gesamtdeutschland ist weiblich, zwei Drittel aller älteren Sozialhilfeempfänger in der alten BRD sind Frauen, das gleiche Muster entwickelt sich derzeit in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir sofort eine soziale Grundsicherung, die deutlich über dem Sozialhilfesatz liegt und darüber hinaus so rasch wie möglich eine eigenständige, nicht abgeleitete Alterssicherung von Frauen.

Aber Sozialpolitik ist nicht alles. Weiterbildung wird ein Schlüsselbegriff für die Älteren werden, wobei die meisten Senioren sich vor allem für "zweckfreie" Weiterbildung im allgemeinbildenden Bereich interessieren. Das Seniorenstudium, egal, ob nach dem Segregations- oder dem Integrationsmodell organisiert, erfreut sich großer Beliebtheit, und die Angebote der Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen sich verstärkt auf Wünsche der Älteren hin ausrichten. Nach den Erfahrungen der Volkshochschulen besteht die beste Form der Weiterbildung für Senioren in ihrer Integration in Veranstaltungen für alle Altersgruppen, außerdem sollte dabei weitgehend auf strenge Lernformen verzichtet werden, das heißt, Bildung und Unterhaltung sollten stärker miteinander verbunden werden. Alle Daten zeigen, daß ein Abbau der geistigen Fähigkeiten im Alter nicht zwingend ist und daß geistige Betätigung im Alter sich positiv auch auf den körperlichen Zustand auswirkt.

Altern im positiven Sinn sollte aber auch bedeuten, den Kontakt zu jungen Leuten nicht zu verlieren. Die "Solidarität der Generationen" ist gefordert, und sie ist bitter nötig, wenn Verteilungskonflikte der Generationen untereinander verhindert werden sollen. Angesichts der eingangs skizzierten demographischen Entwicklung stellt sich der Volkswirtschaft die zynisch klingende Frage, ob die Alten noch "finanzierbar" seien.

Die frühere baden-württembergische Juso-Sprecherin Ute Trentini hat auf der erwähnten Landesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe darauf hingewiesen, daß viele Jüngere nicht mehr glauben, daß sie selbst einmal angemessen von ihrer Rente leben können und sich deshalb fragen, weshalb sie die Renten der Älteren finanzieren sollen. Sie fordert deshalb zu Recht von den Senioren, "daß ihr Euch nicht auf einen puren grauen Lobbyismus beschränkt, sondern für eine solidarische gerechte Gesellschaft - nicht nur im Alter - eintrittet". Wir brauchen nicht nur das Engagement der Jungen für hilfsbedürftige alte Menschen, wir brauchen auch die Bereitschaft der vielen noch mobilen und oft auch wohlhabenden Älteren, die Jungen personell und materiell zu entlasten. Unser Ziel - vielleicht ist es eine Utopie - haben wir in Karlsruhe ganz einfach formuliert: "Junge und Alte tauschen Erfahrungen aus, leben miteinander und lernen voneinander."

Die Teilhabe der Älteren erreichen

Auch in organisatorischer Hinsicht will die SPD in der Altenarbeit neue Akzente setzen. Die Schleswig-Holsteiner Sozialdemokraten setzen auf ein Beiratsmodell, die baden-württembergische SPD plant, eine eigene Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren zu gründen (ASS). Der Parteitag in Bremen hat im Rahmen eines Pilotprojekts dafür grünes Licht gegeben. Die Baden-Württemberger können diese Arbeitsgemeinschaft vier Jahre lang als Pilotprojekt durchführen, anschließend soll dann unter den Kriterien der öffentlichen Resonanz, der Bindung von Nichtparteimitgliedern, der Erweiterung der Themenorientierung und der Arbeitsformen geprüft werden, ob das Modell sich bewährt hat und möglicherweise auf die Gesamtpartei übertragen werden kann.

Natürlich gibt es auch Gegner einer neuen Arbeitsgemeinschaft, manche sehen darin lediglich die Aufspaltung der Partei in Interessengruppierungen. Dennoch soll der Versuch gemacht werden. Das Ziel ist ein doppeltes: Die SPD will die gleichberechtigte und verantwortliche Teilhabe der Älteren in der Partei erreichen, und sie will zusätzliche Mitglieder und Wähler gewinnen.

Geborene Mitglieder der zu gründenden Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab 60 Jahren, außerdem können und sollen der Arbeitsgemeinschaft auch jüngere Mitglieder der SPD angehören, die sich berufsmäßig oder ehrenamtlich mit Altenarbeit beschäftigen. In der Altenproblematik sachkundige Nichtmitglieder können und sollen ebenfalls mitarbeiten, allerdings ohne aktives und passives Wahlrecht. Ende des Jahres wird die erste Landesdelegiertenkonferenz der neuen Arbeitsgemeinschaft mit der Wahl des Vorstands stattfinden. Im Landtagswahlkampf sollen sich die "roten Panther", wie Dieter Spöri die ASS genannt hat, bereits deutlich zu Wort melden. In der Folgezeit wird sich die neue Arbeitsgemeinschaft schwerpunktmäßig mit Themen befassen, die für Alte und Junge gleichermaßen von Interesse und Bedeutung sind wie zum Beispiel: Umweltfragen, Gesundheit, Wohnen und Weiterbildung.

In der Frauenpolitik ist es der SPD gelungen, die Meinungsführerschaft in der Bevölkerung zu gewinnen - nicht zuletzt dank des hartnäckigen Engagements der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. In der Altenpolitik muß diese Aufgabe noch gelöst werden. Deshalb sollte die Partei sich mit dem Thema inhaltlich und organisatorisch beschäftigen und sollten es nicht verdrängen. Es betrifft jeden von uns persönlich, darüber hinaus hängt die Zukunft der SPD davon ab, inwieweit ihre Politik von der größten Gruppe unserer Gesellschaft akzeptiert wird.

(-/26. August 1991/rs/ks)
